

Deutsche Wirtschaft

Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Frühjahr 1972

Die Gefahr einer Rezession mit beträchtlicher Arbeitslosigkeit, wie sie noch zu Jahresbeginn bestand, ist gebannt. Für diese Annahme sprechen die wesentlichsten Konjunkturdaten, die bis Anfang Mai vorlagen¹⁾. Bundeswirtschafts- und -finanzminister Prof. Schiller konnte anlässlich der Eröffnung der Hannover-Messe am 20. April mit Recht voraussagen: „Auch 1972 wird ein Jahr der Vollbeschäftigung mit sicheren Arbeitsplätzen sein.“ Seine Prognose deckt sich mit dem gemeinsamen Bericht zur Wirtschaftslage im Frühjahr 1972, den die fünf maßgeblichen Konjunkturforschungsinstitute Anfang Mai vorgelegt haben²⁾.

Zu diesem Zeitpunkt war es allerdings verfrüht, schon „mit Sicherheit den Beginn eines neuen Aufschwungs zu diagnostizieren“. Dies stellte das Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen in seinem — Ende April veröffentlichten — Lagebericht für April 1972 fest. Nachfrageentwicklung und die übrigen wichtigen Konjunkturindikatoren ließen „den Schluß zu, daß die Verlangsamungstendenzen zur Zeit zwar zum Stillstand gekommen sind, daß sich aber noch keine — in der Terminologie der Konjunkturbeobachtung als Wendepunkt zu bezeichnende — eindeutige Umkehr der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durchgesetzt hat“. Die Stagnation des realen (von Preissteigerungen bereinigten) Sozialprodukts in der zweiten Jahreshälfte 1971 wurde bereits im ersten Vierteljahr 1972 von einem leichten Anstieg abgelöst. Vor kurzem noch war befürchtet worden, daß die Stagnation frühestens im Sommer zu Ende gehen werde. Allerdings haben mehrere Sonderfaktoren zu der günstigeren Entwicklung im ersten Vierteljahr beigetragen: das milde Winterwetter, die Anstrengungen der Industrie, Produktionsausfälle wettzumachen, die Ende 1971 wegen

des Streiks in der Metallindustrie Baden-Württembergs eingetreten waren, und Verschiebungen der Auslieferungen auf den Januar, um dadurch den Vorteil der Senkung des Investitionssteuersatzes zu erhalten.

Neuer Konjunkturaufschwung in Sicht

Indessen gab es auch andere Gründe: „Ausschlaggebend für den Tendenzumschwung waren das Realignment (die Wechselkursneuordnung) von Washington, die schrittweise Änderung des wirtschaftspolitischen Kurses und der Wandel in der Lohnpolitik“, heißt es in dem Gemeinschaftsbericht der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute. Die Rückkehr zu festen Wechselkursen weckte Erwartungen, daß die Exportwirtschaft wieder eine feste Kalkulationsgrundlage habe. Die Bundesbank mußte, da auch nach der Wechselkursneuordnung die Zinssätze bei uns erheblich höher waren als in den USA und infolgedessen wieder Dollars in beträchtlichem Ausmaß in die Bundesrepublik flößen, den Diskontsatz am 24. Februar auf 3 vH herabsetzen, nachdem er schon am 22. Dezember 1971 von 4,5 auf 4 vH gesenkt worden war. Von der hiermit verbundenen Zinssenkung gingen belebende Wirkungen auf die Wirtschaft aus, ebenso davon, daß sich die staatliche Nachfrage nach Bauleistungen seit dem Herbst 1971 ausweitete. Auch die bevorstehende Rückzahlung des Konjunkturzuschlags zur Einkommen- und Körperschaftsteuer wirkt anregend. „Schließlich bestärkte der Lohnabschluß in der Metallindustrie die Unternehmen in der Hoffnung, daß sich die Gewinnmargen nicht weiter verringern werden, zumal weiterhin Überwälzungschancen gesehen werden³⁾.“ Hinzu kommt die unerwartet günstige Entwicklung der Auslandsnachfrage. Hierbei spielt eine

1) Dieser Bericht wurde am 10. Mai 1972 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über Auftragsgänge und Produktion in der Industrie bis zum Monat März vor.

2) Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1972, abgedruckt im Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom 5. Mai 1972.

3) Wochenbericht des DIW, 5. 5. 1972, S. 164.

Rolle, was die Bundesbank in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1971 festgestellt hat, nämlich, „daß der Preisanstieg in der Bundesrepublik, der Anfang 1971 bei den konjunkturtauglichen Preisen noch stärker gewesen war als in den übrigen Industrieländern, von der Jahreswende 1971/72 an merklich hinter den Steigerungsraten in anderen Ländern zurückblieben“. (S. 1.)

Tatsächlich ist die Preisentwicklung noch längst nicht befriedigend, aber sie ist günstiger als noch vor einigen Monaten. Der Preisindex für die Lebenshaltung lag im April 1972 um 5,1 vH höher als vor Jahresfrist, im März um 5,4 vH, im Februar um 5,5 vH und im Januar um 5,8 vH. Bei den Preisen für Industrieerzeugnisse war die Tendenzwende viel deutlicher: Während sie im Mai 1971 gegenüber Mai 1970 noch um 5,2 vH angestiegen waren, ging die Teuerungsrate für Industrieerzeugnisse bis zum April 1972 auf 2,6 vH zurück.

Preisanstieg ist weltweit

Anders als die Panikmache von interessierter Seite, nicht zuletzt auch von Seiten der CDU/CSU, stellt die Bundesbank in ihrem Jahresbericht für 1971 fest, „daß sich der Preisauftrieb in der gesamten westlichen Welt fast ungeschwächt fortsetzte“; daraus resultiere aber zu einem guten Teil die „Hartnäckigkeit des Inflationsbazillus“ (S. 1). Im Januar/Februar 1972 war der Preisindex in der Bundesrepublik um 5,6 vH höher als ein Jahr zuvor, in den EWG-Ländern ohne Bundesrepublik um 5,5 vH, in der Schweiz sogar um 6,7 vH. Von 1969 bis 1971 war hingegen die Verteuerung der Lebenshaltung in der Bundesrepublik erheblich niedriger als in fast allen vergleichbaren Industrieländern. Dies stellte die Bayerische Vereinsbank, die gewiß nicht im Verdacht steht, mit der Bundesregierung zu sympathisieren, kürzlich in einem — auf Statistiken internationaler Organisationen basierenden — Vergleich fest. Das Verbraucherpreisniveau stieg in der Bundesrepublik von 1969 bis 1971 um 12,7 vH. Nur in Kanada war der Anstieg mit 11 vH noch etwas niedriger. Selbst in der als besonders stabil geltenden Schweiz war die

Teuerungsrate mit 14,3 vH höher als bei uns. Internationale Spitzenreiter der Verbraucherpreissteigerung waren Großbritannien (+ 21,6 vH), die Niederlande (+ 21 vH), Japan (+ 19,7 vH), Schweden (+ 19,2 vH) und Frankreich (+ 17,2 vH). Dann folgen die USA mit + 14,9 vH. Auch wenn man die Preissteigerungen in diesem Jahr mit berücksichtigt, schneidet die Bundesrepublik im internationalen Vergleich noch gut ab. Freilich kann man sich damit nicht zufriedengeben, und Bundesregierung und Bundesbank sehen den Kampf gegen die Preissteigerungen als vordringlich an. Dennoch ist ein Blick über die Grenzen unerlässlich, um zu einem richtigen Urteil über die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik kommen zu können.

Allmählicher Stimmungswandel

Verglichen mit dem Jahresbeginn beurteilen die Unternehmer ihre Geschäftsaussichten wieder günstiger. Das ergibt sich aus den Schlußberichten der Frühjahrmessen und aus dem Konjunkturtest, den das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung im März vorgenommen hat. Die verarbeitende Industrie beurteilte bei dieser Umfrage die Geschäftslage als nahezu befriedigend, während sie an der Jahreswende noch das Urteil „schlecht“ abgegeben hatte. Selbst die Investitionsgüterindustrie beurteilte ihre Lage nicht mehr so ungünstig. Der sich nunmehr bei den Unternehmern wieder einstellende, wenn auch noch gedämpfte Optimismus scheint zugleich ihre Investitionsneigung zu stärken. Jedenfalls sind sowohl die Wirtschaftsforschungsinstitute als auch die Bundesbank der Ansicht, daß in letzter Zeit eine Reihe von Unternehmen ihre Investitionspläne nach oben revidiert haben und sie auch zügiger verwirklichen wollen. Nachdem die Inlandsaufträge der Investitionsgüterindustrie im zweiten Halbjahr 1971 laufend zurückgegangen waren, sind sie im ersten Vierteljahr erstmals wieder angestiegen. Die *reale* — die Preissteigerungen ausschaltende — Rechnung läßt allerdings noch keinen Anstieg erkennen, wohl aber ein spürbares Nachlassen des Rückgangs.

Gleichlaufend mit der Unternehmerfrage nach Investitionsgütern entwickelte sich die Nachfrage nach gewerblichen Bauten; auch hier ist man nicht mehr so zurückhaltend wie vor einigen Monaten, wenn auch der Auftragsbestand immer noch zurückgeht. Ein deutlicher Umschwung ist bei der staatlichen Nachfrage nach Bauleistungen, insbesondere im Tiefbau, eingetreten. Seit Ende 1971 ist an die Stelle der bis dahin geübten Zurückhaltung bei der Auftragsvergabe, die zur Konjunkturdämpfung beitragen sollte, eine rasche Zunahme der öffentlichen Bauaufträge zu verzeichnen.

Rekorde im Wohnungsbau

Anders, als in den Abschwungphasen früherer Konjunkturzyklen, nahm diesmal die Nachfrage nach Wohnbauten nicht ab; vielmehr stieg sie an. Im ganzen Jahr 1971 wurden für den Wohnungsbau — in cbm umbauten Raum gemessen — 16 vH mehr an Genehmigungen erteilt als 1970, und in den ersten Monaten dieses Jahres dürften die für Wohnbauten erteilten Genehmigungen sogar ein um fast 30 vH größeres Bauvolumen abdecken als ein Jahr zuvor. Noch niemals zuvor war der Überhang an genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen so groß gewesen. Er betrug am Jahresbeginn knapp eine Million Wohnungen — was der Bauleistung von fast zwei Jahren entspricht —; inzwischen ist er sicherlich nicht kleiner geworden. Entscheidend für diese Entwicklung war, wie es in dem Gemeinschaftsbericht der Institute heißt, „die Erwartung steigender Grundstücks- und Baupreise wie auch die verstärkte staatliche Förderung“. Die Bundesbank stellte in ihrem Jahresbericht fest, daß „der alle bisherigen Vorstellungen sprengende Anstieg der Baupreise“ — um fast 28 vH von 1969 bis 1971 — „jedenfalls nicht abschreckend, sondern eher stimulierend auf die Baunachfrage“ wirkte (S. 6).

Der außergewöhnliche Anstieg der Nachfrage nach Wohnbauten wird sicherlich nicht ohne Einfluß auf die Durchführung dringender öffentlicher Bauvorhaben und auf dessen Finanzierung bleiben.

Von den Unternehmen werden die von ihnen gehaltenen Vorräte nicht mehr als zu hoch angesehen. Deshalb werden die Lagerinvestitionen 1972 nicht mehr, wie 1971, eingeschränkt werden, sondern eher wieder zunehmen. Der Einfluß der Lagerbildung der Unternehmen auf die Konjunktur wird oft unterschätzt. Daß das Bruttosozialprodukt 1971 um 2 1/2 Prozentpunkte weniger gestiegen ist als 1970, ging zu einem erheblichen Teil auf die geringere Aufstockung der Vorratslager zurück; diese Verringerung entsprach allein rund 1 vH des Sozialprodukts.

Wieder mehr Exportaufträge

Seit dem Jahreswechsel ist die Talfahrt der Auslandsnachfrage beendet; im ersten Vierteljahr 1972 konnten die Industriefirmen wieder mehr Bestellungen aus dem Ausland verbuchen als ein Jahr zuvor. In wichtigen Handelspartnerländern hat sich das konjunkturelle Klima verbessert, vor allem in den USA. Hieraus ergeben sich für die Bundesrepublik wieder günstigere Absatzchancen, „die sich zudem noch vergrößern, weil der Kostenanstieg schwächer sein wird als im Ausland und damit die Wettbewerbsfähigkeit westdeutscher Produzenten wieder zunimmt“). Mit der Zunahme der Auslandsaufträge ist vielfach eine Erhöhung der Ausfuhrpreise für Industrieerzeugnisse möglich gewesen. Jedenfalls sind die teilweise recht pessimistischen Prognosen über die deutschen Exportchancen, wie sie hauptsächlich von selten der Unternehmensverbände gegeben worden sind, revisionsbedürftig.

In der allmählich zu Ende gehenden Abschwungphase war der private Verbrauch die stärkste Konjunkturstütze, auch wenn sich dessen Jahreszuwachsrate von 12 vH im ersten Halbjahr 1971 auf voraussichtlich etwa 9 vH im zweiten Halbjahr verminderte; der *reale* Zuwachs wird mit rund 3,5 vH in der ersten Jahreshälfte 1972 sogar nur fast halb so groß sein als im ersten Halbjahr 1971 (+ 6,8 vH). Mit einem weiteren Rückgang des privaten

4) Wochenbericht des DIW, 5. 5. 1972, S. 167.

Verbrauchs ist nicht mehr zu rechnen, schon deshalb nicht, weil die tariflichen Lohn- und Gehaltserhöhungen künftig kaum niedriger sein werden als sie es seit dem Herbst 1971 waren. Als belebendes Element kommt die Rückzahlung des Konjunkturzuschlag im Juni hinzu, die für die privaten Haushalte Mehreinnahmen von 4,5 Mrd. DM bringen wird. Die Bundesregierung geht davon aus, daß ein erheblicher Teil dieses Betrages — möglichst zusätzlich — bei Ferienreisen im Ausland ausgegeben und ein weiterer überdurchschnittlicher Teil gespart wird. Dennoch wird vermutlich der größere Teil in den privaten Verbrauch fließen. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß in letzter Zeit der Kauf von Bekleidung und langlebigen Gebrauchsgütern, vor allem Hausrat, Wohnbedarf und Elektroerzeugnisse, stark zugenommen hat. Auch die Käufe von Personenkraftwagen haben sich günstiger als erwartet entwickelt.

Im ersten Vierteljahr 1972 übertrafen die Auftragseingänge bei den Industriefirmen das entsprechende Vorjahrsniveau um rund 3,3 vH. Schaltet man den Anstieg der industriellen Erzeugerpreise um 2,7 vH aus, dann ergibt sich eine leichte Zunahme des Auftragsvolumens um 0,6 vH. Aus dem Inland konnten die Firmen im ersten Vierteljahr — nominal — um 4,3 vH mehr Aufträge verbuchen als vor einem Jahr; die Auslandsbestellungen nahmen um 0,6 vH zu. In den drei Hauptgruppen der Industrie entwickelte sich die Nachfrage unterschiedlich. Während die Auftragseingänge in der Grundstoffindustrie um knapp 4 vH und in der Verbrauchsgüterindustrie um fast 11 vH höher waren, als vor Jahresfrist, lagen sie in der Investitionsgüterindustrie noch um 0,5 vH unter dem entsprechenden Vorjahrsergebnis.

Auftragsbestände nehmen etwas zu

Nach Angaben des Bundeswirtschafts- und -finanzministeriums sind die Auftragsbestände in letzter Zeit wieder etwas angestiegen. So nahm die Reichweite der Auftragsbestände in der Industrie, die sich von Juni 1970 an ständig verringert hatte, von

3,7 Monaten im Dezember 1971 auf 3,9 Monate im März 1972 erstmals wieder leicht zu. Die Auftragsbestände im Hochbau entsprachen im März einer Produktionsdauer von 3,2 Monaten gegenüber 3 Monaten im Januar. Im Tiefbau vergrößerte sich die Reichweite der Auftragsbestände von 1,9 Monaten im Dezember 1971 auf 2,4 Monate im März, im Straßenbau von 1,5 auf 2 Monate.

Der Produktionsrückgang in der Industrie scheint beendet zu sein. Im Januar/Februar lag das Produktionsergebnis knapp unter dem Vorjahrsniveau; saisonbereinigt wurde der Stand vom Frühjahr 1971 wieder erreicht. Im März konnte erstmalig wieder eine Zunahme der Industrieproduktion — um 4,5 vH — gegenüber dem gleichen Vorjahrsmonat festgestellt werden.

Als Folge der starken Investitionstätigkeit während des Booms, vor allem im Jahre 1970, wachsen die Produktionsanlagen der Industrie seit etwa einem Jahr stärker als die Produktion. Im vergangenen Jahr stieg das Produktionspotential der verarbeitenden Industrie um knapp 5 vH, während die Produktion nur um 1,6 vH zunahm. In diesem Jahr wird der Kapazitätsausbau rasch an Tempo verlieren. Immerhin wird im Jahresdurchschnitt noch mit einer Zuwachsrate von 4 vH gerechnet. Solange die Produktion nicht stärker wächst, werden die Produktionskapazitäten nicht mehr, sondern — bei einem Zurückbleiben der Produktion — eher noch weniger ausgenutzt als im ersten Vierteljahr 1972. In diesem Zeitraum betrug der Auslastungsgrad in der verarbeitenden Industrie (saisonbereinigt) nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung 87,4 vH⁵⁾. Ein Jahr zuvor, im ersten Vierteljahr 1971, waren die Produktionsanlagen zu 92,3 vH und während des Booms, im vierten Vierteljahr 1969, zu 94,7 vH ausgenutzt. Diese starke Anspannung ist längst überwunden. Der jetzt erreichte Auslastungsgrad ist aber immer noch so hoch wie im Höhepunkt des vorletzten Aufschwungs um die Jahreswende 1964/65.

5) Wochenbericht des DIW, 20. 4. 1972.

Hoher Produktivitätszuwachs

Mit der abnehmenden Kapazitätsauslastung verband sich in der Industrie ein Rückgang der Beschäftigtenzahl und ein Abbau von Überstunden; teilweise mußte sogar Kurzarbeit eingeführt werden. So gingen 1971 in der Industrie gegenüber 1970 die Zahl der Beschäftigten um 0,8 vH, die Zahl der Arbeiter um 2 vH und die Summe der geleisteten Arbeiterstunden um 4,2 vH zurück. Trotzdem stieg die Industrieproduktion um 1,6 vH. Dies wurde möglich durch einen Anstieg der Arbeitsproduktivität, des Produktionsergebnisses je Arbeiterstunde, im Jahre 1971 gegenüber 1970 um 6,6 vH. 1970 hatte der Produktivitätszuwachs 3,4 vH betragen. Anfang dieses Jahres dürfte die Produktivitätsentwicklung ähnlich günstig wie 1971 gewesen sein.

Die Kurzarbeit — ein Kennzeichen für konjunkturelle Abschwungs- und Stagnationsphasen — konnte vermindert werden. Die Zahl der Kurzarbeiter ging von 411000 Mitte Dezember über 119 153 Mitte März auf 81 424 Mitte April zurück. Die Zahl der Arbeitslosen sank von 375 564 Ende Januar auf 231 219 Ende April, die Arbeitslosenquote von 1,7 vH auf 1,1 vH. Gleichzeitig stieg die Zahl der offenen Stellen von 460 659 Ende Januar leicht auf 554 894 Ende April. Obwohl die Wirtschaft seit Sommer 1971 stagnierte, besteht also immer noch Vollbeschäftigung.

Am Ende der derzeitigen Abschwungsphase sind die Beschäftigungsreserven jedenfalls gering, zumal sich das inländische Arbeitskräfteangebot weiterhin vermindert — die Zahl der aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Deutschen übertrifft die der Zugänge. Längere Schulausbildung und Herabsetzung des Rentenalters wird diese Tendenz auch künftig fördern. Eine fortgesetzte Erhöhung der Ausländerbeschäftigung ist allein zur Erhaltung des Arbeitskräftepotentials in der Bundesrepublik erforderlich. Innerhalb der letzten drei Jahre hat sich die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte verdoppelt; sie ist auch vom

Januar bis zum März um 57 200 auf 2,22 Millionen gestiegen.

Schwierige Stabilisierung der Preise

Die fünf Wirtschaftsforschungsinstitute schätzen, daß das reale Sozialprodukt im zweiten Halbjahr 1972 wieder etwas stärker als das Produktionspotential zunehmen wird. Verglichen mit dem zweiten Halbjahr 1971 wird es *real* etwa um 3,5 vH wachsen. Da trotz der Stagnation die Reserven an unausgelasteten Produktionskapazitäten und an Beschäftigung gering, die Preissteigerungen aber noch recht groß sind, sehen die Institute „die Gefahr, daß die Nachfrage verhältnismäßig früh wieder an die Grenzen des Produktionspotentials stößt mit der Folge, daß sich dann der Kosten- und Preisanstieg rasch wieder beschleunigt“. Sie befürchten, „daß sich die Vergrößerung der Gewinnmargen, wie sie zunächst mit einem Aufschwung einherzugehen pflegt, diesmal mehr über steigende Preise vollziehen wird als in früheren Zyklen“. Dies um so mehr, wenn, was wahrscheinlich ist, im Ausland der Preisanstieg kaum vermindert anhält.

„Das Problem der Gegensteuerung könnte sich also früher als in vergangenen Aufschwungsperioden stellen“, vermuten die Konjunkturforscher. „Gerade weil die Stabilisierung des Preis- und Kostenniveaus bislang nur zögernd vorankam, sollte alles vermieden werden, was diesen Prozeß abbrechen würde oder gar zu einer erneuten starken Beschleunigung des Preisanstiegs führen könnte.“ Internationale Währungsordnung und die währungspolitische Zusammenarbeit in der EWG ziehen der Geldpolitik, insbesondere der Zinspolitik, enge Grenzen. Um so mehr müßte nach Ansicht der fünf Institute die Finanzpolitik, sobald es erforderlich wird, die Aufgabe der Konjunkturdämpfung übernehmen. Die Erfahrung habe indessen gezeigt, daß auf der Ausgabenseite nur bei den Investitionen ein größerer Manövrierspielraum besteht. „Ein Kurzhalten der Ausgaben staut aber den Bedarf an öffentlichen Investitionen, ohne die Aussicht, diesen Stau auf absehbare Zeit abbauen zu können.“ Deshalb

empfehlen die Institute Steuererhöhungen als Schwerpunkt gegebenenfalls erforderlich werdender finanzpolitischer Maßnahmen. Aber werden Steuererhöhungen im Wahljahr 1973 möglich sein?

Kein Grund für Preiserhöhungen

„Erhebliche Bedeutung für Stabilität und Beschäftigungsgrad kommt dem Verhalten der Tarifparteien zu.“ In dem Bericht wird vor einer erneuten Verschärfung des Verteilungskampfes gewarnt. Gegenwärtig und in nächster Zukunft sind freilich die Unternehmer die richtigen Adressaten für diese Mahnung. Der hohe Produktivitätsfortschritt und die bessere Kapazitätsausnutzung verringern den Kostendruck so stark, daß kein Grund zu Preiserhöhungen besteht. Die Gewinne werden jedenfalls wieder steigen. In der Vorausschau der Institute nimmt die Lohnsumme in diesem Jahr brutto um 7,5 vH und netto um 8,5 vH zu, die Einkommen aus Unter-

nehmertätigkeit und Vermögen steigen jedoch um brutto 9 vH und netto 12 vH. Eine weitere Verringerung der Lohnerhöhungen ist bei den hohen Preissteigerungsraten — die Institute erwarten einen Anstieg der Verbraucherpreise um 5,5 vH im ersten Halbjahr 1972 und um 4,5 vH in der zweiten Jahreshälfte — nicht zumutbar.

Die Unternehmer sind auch deshalb die richtige Adresse für die Mahnung der Institute an die Tarifparteien, weil sie einer wirksameren Wettbewerbsgesetzgebung starken Widerstand entgegensetzen. Dazu heißt es in dem Bericht der fünf Institute: „Der Erfolg jeglicher Konjunktursteuerung hängt nicht zuletzt vom Funktionieren des Wettbewerbs ab. Insbesondere werden Fusionskontrollen und schärfere Kartellbestimmungen unvermeidlich sein, wenn die marktwirtschaftliche Ordnung nicht gefährdet werden soll.“

Günter Fehl